

Wahlprogramm Edgar Gättner

Anmerkung: Dass nicht immer die weibliche und männliche Schreibweise gewählt wurde, sei der besseren Lesbarkeit geschuldet.

INHALTSVERZEICHNIS

[Mehr Staat erhalten für BürgerInnen](#)

[Demokratie, Bürgerbeteiligung und Politikverdrossenheit](#)

[Europa](#)

[Sicherheit und Polizei](#)

[Soziales allgemein, arm und reich](#)

[Rente](#)

[Arbeit und Technologie 4.0](#)

[Frauen](#)

[Jugend, Kinder und Bildung](#)

[Gesundheit](#)

[Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Tiere](#)

[Verbraucher- und Mieterschutz](#)

[Staatsfinanzen und Steuern](#)

[Geld, Banken und Versicherungen](#)

[Industrie und Wirtschaft](#)

[Verkehr](#)

[Medien](#)

[Internet und Digitalisierung](#)

[Öffentliche Verwaltung](#)

[Recht\(schutz\) und Justiz](#)

[Arme Länder und Entwicklungshilfe](#)

[Flüchtling](#)

[Militär](#)

Thema Mehr Staat erhalten für BürgerInnen

Wir werden,

- den Ausverkauf der deutschen Infrastruktur, wie z. B. Verkehrswege, sofort unterbinden, sollten private Betreiber nicht nachweisbar langfristig die bessere Lösung für die Gesellschaft sein
- das Beamtentum da einschränken, wo es keine Vorteile für die Gesellschaft bringt, und es erhalten oder ausbauen, wo die Gesellschaft dies als sinnvoll erachtet
- die Kontrolle über die Deutsche Post zurückholen, private Unterauftragnehmer streng kontrollieren
- mehr Personal für Kontrollen von Altenheimen, Krankenhäusern, Tierschutz, Finanzämtern, LKW-Verkehr, Arbeitnehmerrechten im Gastgewerbe und der Logistikbranche
- Privatisierung von Staatseigentum verhindern, denn Gemeingut gehört den BürgerInnen
- Die Müllabfuhr etc. wieder in kommunale Hand geben durch Zusammenschlüssen wie z. B. in Neuwied
- privatrechtliche Normen von Normengremien durch den Staat kontrolliert lassen, wie z. B. beim Brandschutz
- Enteignungen für Verkehrswege gerecht vergüten und nicht auf Grundlage alter Bodenschätzwerte
- Lotto-Einnahmen nicht nur politiknahen Stiftungen zukommen lassen
- Gehälter (auch im Ruhestand) der staatlichen Lotterien wieder kontrollieren und begrenzen
- Änderungen des Gaststättengesetzes rückgängig machen, wonach Tank & Rast Toiletten nicht kostenlos anbieten muss
- Schluss machen mit dem Missbrauch und der Ohnmacht des Staates bei Altkleidersammlungen
- BürgerInnen, denen regional Infrastruktur wie das Internet nicht zur Verfügung steht, durch Zuschüsse an die jeweiligen Gemeinden unterstützen
- dafür sorgen, dass Privatisierungen ehemals staatlicher Unternehmen wie der Deutschen Post nicht dazu führen, dass die Leistungen nur noch nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten den BürgerInnen angeboten werden
- das Ehrenamt glaubwürdig fördern, insbesondere die Absicherung von Feuerwehrleuten staatlich garantieren

Thema Demokratie, BürgerInnenbeteiligung und Politikverdrossenheit

Wir werden,

- die Diskussion um die Sinnhaftigkeit von mehr direkter Demokratie vorantreiben, mehr wagen mit dem Ziel, die Interessen der Gesellschaft umzusetzen, ohne unerwünschte Einflüsse Dritter zuzulassen
- die Gehälter von Managern öffentlicher Unternehmen lückenlos offenlegen
- den Informantenschutz, wo das Interesse der Gesellschaft dem des Staates oder Privater überwiegt, stärken
- Industrie-, Handels- und Handwerkskammer demokratische Strukturen und Regeln geben, um u. a. Transparenz zu schaffen und angemessene Beiträge der Mitglieder und sachgerechte Vergütungen der Funktionäre sicherzustellen
- umfassende Lobbyistenregister durch den Staat führen lassen

Thema Europa

Wir werden,

- Europa verändern, als Friedensgarant immer wieder in Erinnerung rufen, zurückfahren, wo es sinnvoll ist, stärker, wo es den Menschen dient
- uns dafür einsetzen, dass die Verwendung der Allgemeinen Kostenvergütung für EU-Abgeordnete kontrolliert und transparent wird, nicht benötigte Mittel zurückgezahlt werden

Thema Sicherheit und Polizei

Wir werden,

- die EU-Sanktionsliste zum Einfrieren von Vermögen Terrorverdächtiger sofort umsetzen
- die Herkunft von Geldern für Immobilienkäufe nachweisen lassen, um der zunehmenden Geldwäsche in Deutschland wirksam zu begegnen (Immobilienregister)
- mehr staatlichen Schutz bieten durch mehr, besser geschützte, besser ausgestattete, besser bezahlte Polizei, nahe an den BürgerInnen
- BürgerInnen und deren Familien von staatlicher Seite aus schützen, die wegen ihres Engagement gegen Nazis in Gefahr geraten
- Scientology endlich das Wasser abgraben und nicht länger zusehen, wie Tausende junger Menschen ins Unglück gestürzt werden
- flächendeckende Vorsorgeplanungen für den Fall des Ausfalls der Stromversorgung, des Internets, der Funknetze etc. umgehend erstellen und umsetzen
- im Bereich Katastrophenschutz einheitliche Standards in Deutschland vorschreiben, umsetzen und auch die Kommunen dabei unterstützen

Thema Soziales allgemein, arm und reich, Kirche

Wir werden,

- Reichtum wieder gerechter verteilen, den Anteil der Reichen an den Steuerlasten erhöhen
- die kostenlose Schuldenberatung durch den Staat ausbauen
- Betreuer von behinderten Menschen besser bezahlen
- auch armen Menschen Erholungsurlaube durch staatliche Zuschüsse ermöglichen
- die Rechte von Diplomatenpersonal wirksam schützen
- nicht zulassen, dass armen Menschen der Zugang zu Energie oder sonstiger elementarer Versorgungsinfrastruktur verwehrt wird
- die Hinzuverdienstmöglichkeiten verbessern und die der Sozialhilfeempfänger denen der Hartz-IV-Berechtigten gleichstellen
- die Regelung zum Erhalt des Kinderzuschlages so ändern, dass alle Bedürftigen in den Genuss der Mittel kommen
- den Schutz, insbesondere älterer Menschen, vor Erbschleichern durch entsprechende Regelungen verbessern
- ungewollte Obdachlosigkeit als Schande für Deutschland beseitigen durch mehr Einrichtungen, mehr Personal und Programme zur Wiedereingliederung
- das Bundesteilhabegesetz so ändern, dass es nicht länger die Regelungen der Behindertenrechtskonvention aushebelt

- Behinderte, auch Menschen behinderter Eltern, individueller unterstützen und fördern und privat Pflegende deutlich entlasten
- Ehrenamtler auch bei ihrer eigentlichen Tätigkeit finanziell unterstützen
- die Kirchensteuer nach einer Frist von 5 Jahren stufenweise über weitere 5 Jahre abschaffen, um die frei werdenden Gelder in Einrichtungen und Modelle, die der fortschreitenden Anonymisierung der Gesellschaft entgegenwirken sollen, fließen zu lassen.

Thema Rente

Wir werden,

- eine Mindestrente als Mindestgesamteinkommen von min. € 1.000 einführen, um älteren Menschen unseren Respekt zu zollen und Fürsorge walten zu lassen
- die betriebliche Altersversorgung wieder so gestalten, dass Arbeitgeber auch eine faire Verzinsung, nicht nur die Rückzahlung der eingezahlten Beträge garantieren, und bei Betriebsrenten sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Anteil zur Krankenversicherung wieder teilen, um u. a. mit diesen Maßnahmen die Betriebsrente wieder attraktiv zu machen
- die Riesterrente abschaffen und damit die gesetzliche Rente stärken, so dass sie eine auskömmliche Alterssicherung darstellt, wobei die Beiträge der Arbeitgeber stärker angehoben werden als die der Arbeitnehmer, und übergangsweise die Riester-Rente nicht auf die Grundsicherung anrechnen
- u. a. das Fremdrentengesetz korrigieren, so dass die Renten ehemaliger DDR-Rentnern angemessen erhöht werden (Beispiel Bergleute), die Ehrenrente für Leningradopfer voll gewähren
- die Pensionen von Beamten stufenweise in die Rentenversicherung integrieren, um damit die gesetzliche Rente langfristig zu stärken
- Rentengelder über Staatsfonds und solide Investitionsprojekte sichern, unabhängig vom Staatshaushalt, und unabhängig von Fachleuten managen lassen

Thema Arbeit und Technologie 4.0

Wir werden,

- Schluss mit der Ausbeutung im Gastgewerbe (unbezahlte Überstunden, Azubis als Arbeitskräfte einsetzen, gestückelten Urlaub, Unterschreitung des Mindestlohns, Schwarzarbeit...)
- Arbeit auf Abruf, wie z. B. H & M dies exzessiv betreibt, bis auf wenige sinnvolle Ausnahmen verbieten, wobei dann deutliche Lohnzuschläge einen Ausgleich schaffen müssen
- die Ausbeutung von LKW-Fahrern auf deutschen Straßen durch Lohndumping und Verstoß gegen Arbeitnehmerschutzvorschriften im Ausland verhindern; Ruhezeiten schützen durch Verbot von Be- und Entladen durch Fahrer
- Schluss mit der Ausbeutung in der Logistikbranche wie z. B. bei DHL durch bessere Kontrollen und Einführung der Generalunternehmerhaftung
- den Mindestlohn auch in der Fleischindustrie endlich durchsetzen
- Lenkzeitenberechnungen so regeln, dass der Ausbeutung von Fahrer Einhaltung geboten wird
- den Mindestlohn stufenweise so anheben, dass bei einen vollständigen durchschnittlichen Erwerbsleben ein Auskommen im Alter gesichert ist, und gleichzeitig die Kontrollen aus-

bauen, Verstöße konsequent und spürbar ahnden, Unterschreitungstricks verhindern, was bei 50 % der Arbeitsverhältnisse der Fall ist

- Leiharbeit und Befristungen wieder auf das Maß und die Bereiche zurückführen, für die sie ehemals gedacht waren und sinnvoll sind, und Leiharbeiter und befristet Beschäftigte staatlich schützen, u. a. durch die Einführung von Beauftragten für Leiharbeiter und befristet Beschäftigte
- Teilzeitkräften die Rückkehr in die Vollzeitbeschäftigung ermöglichen unter Ausgleich der Interessen aller Beteiligten
- das Arbeitsleben abwechslungsreicher gestalten, indem Programme zur Umschulung, zum (temporären) Jobwechsel oder parallelen Übernahme zweiter Tätigkeiten gefördert werden, um so insgesamt die Flexibilität zu erhöhen und Krisen besser begegnen zu können
- umsetzen, dass für jeden Arbeitsplatz, der durch die weitere Technologisierung der Arbeitswelt beseitigt wird, ein Ausgleich geschaffen wird (neuer Arbeitsplatz, finanzielle Entschädigung, Frühverrentung etc.), ähnlich der Ausgleichsflächen im Naturschutz, finanziert durch die erhöhten Gewinnspannen der Unternehmen
- ältere Menschen, die zu Niedrigstlöhnen ausgebeutet werden, wirksam schützen
- bei Tätigkeiten wie denen als Pilot Beschäftigungsverhältnisse als Selbstständige verbieten, wenn diese für die Gesellschaft oder die Beschäftigten selbst nachteilig sind
- das Tarifvertragsgesetz dahingehend ändern, dass Anträge auf Verbindlichkeit der Tarifverträge für ganze Branchen nicht von allen Tarifparteien gestellt werden müssen, damit so z. B. auch in der Lebensmittelbranche der Tarifvertrag für alle Beschäftigten wirkt
- das Teilzeitgesetz korrigieren, so dass über die arbeitsvertraglich festgelegte Arbeitszeit hinaus nur in Ausnahmefällen und begrenzt mehr Stunden abgerufen werden dürfen
- nicht zulassen, dass im Zuge der Technologie 4.0 bis 2025 mehr als 18 Millionen Arbeitsplätze und über 50 Berufe gefährdet sind bzw. durch schlechter bezahlte Jobs ersetzt werden; wer einspart, muss Alternativen bieten oder zahlen - und zwar staatlich gelenkt und überwacht
- die Möglichkeiten, Beamte in den „einstweiligen Ruhestand“ zu versetzen, auf die Fälle beschränken, in denen sie Sinn machen und angemessen sind

Thema Frauen

Wir werden,

- Frauen dort wie Männer gleich behandeln, wo der Mensch und nicht das Geschlecht zählen soll
- für praktische Maßnahmen, zu erarbeiten von und mit Frauen, kämpfen und diese finanzieren, damit sich Frauen genauso angstfrei und frei in allen Bereichen unseres Lebens bewegen und wirken können wie Männer, und dies nicht nur nichtstaatlichen Initiativen überlassen
- die Gleichstellung von Frau und Mann in Schrift und Wort und ähnlichen Bereichen nur dort vorschreiben, wo dies nutzt und von den Betroffenen gewollt ist
- die Finanzierung von staatlichen und autonomen Frauenhäusern vereinfachen, vereinheitlichen und so ausbauen, dass in ausreichender Zahl in ganz Deutschland genügend Plätze vorhanden sind

Thema Jugend, Kinder und Bildung

Wir werden,

- grundlegende Reformen im Bildungsbereich umsetzen, da unser Schulsystem in vielen Fächern an den Anforderungen der Berufswelt und des Lebens vorbei ausbildet, wie z. B. im leistungsorientierten, spaßlosen, der Gesundheit nicht förderlichen Sportunterricht, über einen naturfremden Biologieunterricht bis hin zu einem abstrakten Geschichtsunterricht, der sein große Chance regelmäßig verpasst, den Menschen Boden, Heimat und Sicherheit zu geben und damit Orientierung für all sein Handeln als Mensch, dessen Gegenwart aus der Geschichte entstanden ist
- verpflichtend und staatlich kontrolliert die Qualitätssicherung in allen Kitas aufbauen
- den Betreuungsschlüssel in Kindertagesstätten bundesweit auf 3:1 festlegen
- ein neues **Hauptfach** bundesweit einrichten, dass die Themen Programmierung, Datenschutz, Datensicherung, Viren, Hacken, Internet und Manipulationen dort, Technik von Computern , Datenhaltung und Smartphones etc. derart behandelt, dass unsere Kinder verstehen, beherrschen und entscheiden können
- Kindern aus „unehelichen“ Beziehungen in JEDER Hinsicht ehelichen gleichstellen (Erbrecht, Auskunftsrecht, Steuern, Mitversicherung etc.)

Thema Gesundheit

Wir werden,

- die Überversorgung durch zu viele Arztpraxen in den Ballungsräumen reduzieren
- die Versorgung mit Arztpraxen auf dem Lande deutlich verbessern, bestehende erhalten und Ärzte hier mehr arbeiten lassen, auch über das Budget der Krankenkassen hinaus, ohne dass die Ärzte zurückzahlen müssen
- im „Budgetsystem“ für Ärzte Kostenkontrolle/-bremse und Bedürfnisse der Patienten wieder in Einklang bringen
- Wartezeiten für gesetzliche Versicherte auf ein medizinisch vertretbares Maß verringern
- die Versorgung auch mit Fachärzten verbessern (Rheumatologen, Kardiologen, Allergologen etc.), indem wir die Abdeckung gesetzlich regeln und so Milliarden einsparen durch weniger Fehltage (Schaden EU-weit ca. 55 Mrd. Euro durch Fehltage von Allergien verursacht)
- die Vergütung von Ärzten deutlich erhöhen, die sich Zeit für ihre Patienten nehmen, umsichtig sind mit der Verschreibung von Medikamenten oder z. B. durch Hausbesuche die Versorgung alter Menschen und in dünn besiedelten Gegenden aufrecht erhalten
- den Ausbau ambulanter Betreuung von psychisch Kranken zur Vermeidung von stationären Behandlungen sicherstellen
- Regelungen schaffen, durch die alle Arztpraxen in gleichem Maße dem Gemeinwohl dienen müssen
- Krankenkassen besser überwachen lassen, um Ungleichheiten bei der Versorgung der Patienten zu beseitigen und um sicherzustellen, dass bezahlt und gefördert wird, was hilft, nicht was billig ist, und alternative Methoden staatlich erforschen und fördern zu lassen, wie z. B. Baclofen bei Alkoholsucht
- den Informationsaustausch zwischen Kliniken und Ärzten staatlich regeln, um frühzeitig vor Gefahren zu warnen
- die Vergütung der Ärzte durch private Krankenkassen im Vergleich zu der Vergütung durch gesetzliche Krankenkassen deutlich reduzieren und gesetzlich begrenzen
- Beamte in die gesetzlichen Krankenkassen übernehmen, Altersrückstellungen der privaten Krankenversicherungen mit übertragen
- die dauerhafte Förderung von dezentralen Krebsberatungsstellen sicherstellen

- die Vergütungen der Leitungen der Krankenkassen verringern und begrenzen
- den Mindestbeitrag der Krankenkassen, insbesondere für Einpersonen-Selbstständige, deutlich absenken
- ein absolutes Verbot von Alkohol- und Tabakwerbung umsetzen, damit Deutschland nicht länger das einzige Land in der EU ist, in dem wg. einer Blockade entspr. Gesetzesvorhaben durch die CDU Außenwerbung für Tabak noch erlaubt ist
- gegen Alkohol, Tabak, ungesunde Ernährung und Bewegungsmangel vorgehen, um die Krebsraten bis zu einem Drittel zu senken und Milliarden einzusparen, denn 18 Millionen Übergewichtige belasten das Gesundheitssystem und die Volkswirtschaft insgesamt, 75.000 Menschen sterben jährlich durch Alkoholmissbrauch, fast 60 Milliarden Euro gesamtgesellschaftliche Kosten pro Jahr werden durch Alkoholkonsum (u. a. durch 1,2 Mio. Fehltage wg. Alkohol), fast 80 Mrd. durch Tabakkonsum verursacht
- Ersatzprodukte/-geräte für die Zigarette, wie z. B. [Iqos](#), ebenfalls der üblichen Zigarettensteuer unterwerfen und diese rechtlich nicht als Pfeifentabak betrachten
- die Vergütungen der Pharmaindustrie weiter deutlich reduzieren, damit nicht länger in Deutschland europäische Spitzenpreise gezahlt werden
- die Überwachung der Krankenhäuser durch den Staat ausbauen, um Mindeststandards zu garantieren in der Pflege, vor allem alter Menschen, um Fehler bei Operationen zu vermeiden und zu dokumentieren, bei Hygienemaßnahmen, aber auch um die hohe Zahl von Operationen und den teilweise übermäßigen Verbrauch an Medikamenten (Antibiotika) in Deutschland medizinisch vertretbar zu reduzieren (500 Mio. Kosten für MRSA-Erkrankte), indem wir z. B. das Antibiogramm zur Pflicht machen und dabei die Transparenz über Mängel, aber auch Erfolge der Einrichtungen sicherstellen, z. B. durch Veröffentlichungen (z. B. Anzahl der MRSA-Fälle), aber auch anonyme Erfahrungsaustausche deutschlandweit
- Colistin als wichtigstes Reserve-Antibiotikum in der Tiermast umgehend verbieten
- die Anzahl der Krankenhäuser und deren Gesamtstruktur derart anpassen, dass den Menschen spezialisierte und damit qualitativ hochwertige Medizin zuteilwird und gleichzeitig der Verschwendung von Geldern Einhalt geboten wird
- Vorsorgemaßnahmen den Vorrang vor Behandlung einräumen (12 Millionen Ausfalltage wg. Grippe 2015/2016)
- bei Streitigkeiten wie Behandlungsfehlern als Staat Patienten unterstützen, Verfahren beschleunigen, Abschlüsse auf wahrscheinliche spätere Zahlungen gewährleisten
- Operationen nicht länger Vorrang vor Heilbehandlungen, wie Physiotherapie, geben
- psychische Erkrankungen wie z. B. Depression (4 Millionen Erkrankte, 23 % der Arbeitenden leiden an Burn-out, 87 Mio. Tage Arbeitsausfall pro Jahr!) endlich ernst nehmen und nachhaltig dagegen vorgehen, auch weil der volkswirtschaftliche Schaden nicht vertretbar ist
- die Belastung zahlloser Lebensmittel mit Zucker endlich wirkungsvoll reduzieren
- Lebensmittel deutlich kennzeichnen, so dass gesunde Produkte für jeden erkennbar sind
- die Verwendung von Phosphaten in Lebensmitteln weitgehend verbieten
- Medikamente, auch Bestandsmedikamente, auf ihren tatsächlichen Nutzen hin bewerten, so dass nicht länger Milliarden für nutzlose Medikamente ausgegeben werden
- eine Meldepflicht bei Lieferengpässen bei Arzneimitteln mit Strafandrohung bei Unterlassen einführen für alle Firmen, die Medikamente in Deutschland verkaufen
- Abrechnungen von Ärzten vereinfachen, damit die Kontrollen der Krankenkassen nicht zur Schikane werden
- Kinder in Kindergärten wieder flächendeckend und regelmäßig untersuchen

- menschliche Pflege, Pflege zuhause fördern, auch durch flächendeckende Pflegewohngruppen, und Pflegeleistungen gleich vergüten, egal, ob diese zuhause oder in Einrichtungen erbracht werden, egal, ob Plätze zur Tagespflege vorhanden sind
- gesetzlich verordnen, dass insbesondere Ärzte in einkommensschwachen Regionen, in Krankenhäusern, Personal im Alten- und Pflegebereich deutlich besser vergütet, durch bessere Arbeitszeitregelungen entlastet und endlich mit ihrer Arbeit anerkannt werden
- die Zusammenarbeit zwischen Arztpraxen, Krankenhäusern, aber auch ärztlichen Notdiensten regeln und damit das Personal entlastet und die Versorgung der Patienten sichergestellt wird
- die Systeme der Selbstbeteiligung der Patienten unter Auswertung der Lösungen anderer Länder modernisieren, so dass Gesundheit und Versorgung nicht vom Einkommen abhängig sind und die medizinische Versorgung von dem BürgerInnen anerkannt wird und der Staat die Lasten tragen kann
- Krankenhäuser finanziell so ausstatten, dass die Versorgung der PatientInnen der eines wohlhabenden Landes entspricht und damit nicht z. B. die Fortbildung von Personal zur Betreuung von Frühgeborenen Sparplänen zum Opfer fällt
- für Intensivstationen die Zahl der zu Betreuenden pro Pflegekraft gesetzlich regeln
- die Konkurrenz zwischen den Krankenkassen rückgängig machen, ihre Anzahl deutlich reduzieren, denn das Gesundheitswesen und das Allgemeinwohl sind keine geeigneten Bereiche hierfür
- Rabatte bei Mehrabnahmen und die Werbung für Medikamente verbieten, auch in Apotheken
- die Zuzahlungen für Medikamente (zz. ca. € 2 Mrd.) dem Sinn einer Zuzahlung entsprechend sachgerecht und gleichzeitig sozial fair gestalten
- gegen Scharlatane, wie z. B. vermeintliche Krebsheiler, wirksam und rasch vorgehen
- Gesundheit fördern in allen Lebensbereichen, wie z. B. in Schulen und Betrieben
- private sportliche Betätigung z. B. dadurch fördern, dass die Kosten steuerlich absetzbar sind oder sich, bei Beteiligung durch die Arbeitgeber auch für diese, auf die Beiträge zur Krankenversicherung auswirken
- die Risiken, die von Arzneimitteln und Medizinprodukten ausgehen können, durch Produzenten absichern lassen, bevor die Produkte vermarktet werden dürfen
- nicht länger zulassen, dass durch die Manipulation von Grenzwerten wie z. B. bei Diabetes lediglich der Absatz von Medikamenten erhöht werden soll
- endlich die Entschädigung der Conterganopfer dauerhaft und in ausreichender Höhe gesetzlich regeln
- gesetzlich regeln, dass Prothesenregister flächendeckend zu führen sind, um die Patienten und die Gemeinschaft der Krankenversicherten zu schützen
- Altersbeschränkungen für den „Genuss“ von sog. energie-drinks einführen
- auch für die häusliche Pflege den Nachweis von Qualifikationen fordern

Thema Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Tiere

Wir werden,

- mittels Besteuerung sicherstellen, dass die Produkte der deutschen Agrarindustrie nicht länger die wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Strukturen zerstören durch Exporte, die hier teuer subventioniert werden, in anderen Ländern Preise kaputt machen, Arbeitsplätze vernichten und den Menschen die Lebensgrundlage entziehen und damit gleichzeitig für die

Förderung gesunder Produkte und Ernährung sorgen, indem z. B. weder hier Palmfett von Tieren noch in anderen Ländern von Menschen versehrt werden soll

- den Verbrauchern flächendeckend, aktuell und einheitlich Informationsmöglichkeiten garantieren über Direktvermarkter, Biobauern etc. und so diese Initiativen staatlich fördern
- finanzielle Förderungen in der Landwirtschaft, auch mit EU-Mitteln, nicht von Größen wie der Betriebsfläche, sondern von Kriterien abhängig machen, die den Menschen nutzen, wie z. B. biologischer und damit nachhaltiger Anbau, Tierhaltung, Pflanzenschutz
- die Pflanzensorten gehören allen Menschen, wobei alle staatlichen Mittel zu nutzen sind, dies durchzusetzen, ohne berechnete geschäftliche Interessen ungerecht zu ignorieren
- Pseudokennzeichen für Tier- und Pflanzenschutz, Bioprodukten etc. verbieten, die Verbraucher irreführen, die Vergabe staatlich und damit einheitlich regeln
- der Vernichtung unserer Böden durch Gülle ebenso wie dem Export in andere Länder Einhalt gebieten, wenn dies nicht zu deren Vorteil ist, um u. a. damit unsere Böden und unser Grundwasser zu schützen
- auch Tierkörperbeseitigungsanlagen auf die Einhaltung von Tierschutzregelungen hin überwachen
- Gifte in der Landwirtschaft verbieten, die unkontrollierbar und in großer Fläche ausgebracht Tiere und Pflanzen vernichten und so das sensible Gleichgewicht unserer Umwelt vernichten
- Massentierhaltung verbieten und sofort die Subventionen des deutschen Staates i. H. v. fast 2 Milliarden Euro einstellen
- den Handel und die private Haltung der meisten wilden, exotische Tiere, bedroht oder nicht, verbieten, denn sie gehören nicht in private Hände, dürfen keine Handelsware sein
- dafür sorgen, dass Abschalteinrichtungen bei ad-blue-Systemen und Dieselpartikelfilter durch Kontrollen und hohe Strafen keinen Markt mehr haben
- dem Umweltinformationsgesetz den Durchbruch sichern, indem Verstöße dagegen mit hohen Strafen geahndet werden dürfen
- den Import von Getränken aus dem Ausland, die keiner Pfandpflicht unterliegen, derart mit Abgaben belegen, dass Unternehmen geschützt werden, die sich an die Regelungen zum Wohle der Menschen halten
- Gasförderanlagen so lange stilllegen, bis widerlegt ist, dass diese für die auffallend hohen Krebszahl in deren Umgebung nicht verantwortlich sind
- Energielabels aussagekräftig und vergleichbar machen, auch für verschiedene Gerätearten, realistische Bedingungen für Messungen vorschreiben und gleichzeitig durch Kontrollen die Einhaltung der Regelungen durchsetzen
- regeln, dass Lärmgrenzwerte wie Abgasgrenzwerte einheitlich für alle Fahrsituationen, alle Geschwindigkeiten gelten
- Verpackungen in der Anzahl der verwendeten Kunststoffarten begrenzen und die Zusammensetzung der Komponenten so regeln, dass eine Verwertung sichergestellt ist

Thema Verbraucher- und Mieterschutz

Wir werden,

- offensichtlich unqualifizierten Handwerkern, denen, die überhöhte Rechnungen etwa für Nachtzuschläge, Anfahrten etc. stellen, aber auch Scharlatanen, die medizinisches Wissen vortäuschen, das Handwerk legen
- Bezahlsysteme wirksam sichern und unabhängig machen von ausländischen, insbesondere amerikanischen Systemen

- unnötige oder besonders umweltbelastende Verpackungen, wie Kaffee-Kapseln mit einer steuernden Abgabe belegen und Bisphenol in Verpackung, insbesondere Konserven verbieten
- Transparenz schaffen, indem wir Füllmengenbetrug und Mogelpackungen unterbinden, Grundpreise für alle lesbar darstellen, Kundenberater, die von Produzenten bezahlt werden, deutlicher kennzeichnen, irreführende Namen und Bezeichnungen verbieten, Warentester besser überwacht werden, Preissuchmaschinen u. Ä. nach vorgeben, Ergebnisse nach einheitlichen, nicht durch die Anbieter beeinflussbaren Regeln listen müssen, Bewertungsportale gefakte Einträge nur bis zu einem festgelegten Prozentsatz zulassen dürfen,
- Verbraucher unterstützen, die gesunde und nachhaltige Produkte kaufen, sich ökologisch, naturschützend und tierschützend ernähren wollen, auch durch Bekanntmachung regionaler, biologischer oder auch fair handelnder Betriebe
- Verbraucher schützen durch deutlichere, lesbare Kennzeichnung schädlicher Inhaltsstoffe sowie der Hauptbestandteile von Lebensmittel, insbesondere von Fett und dem Gesamtgehalt an Zucker sowie dem Herkunftsland auch bei verarbeiteten Lebensmitteln und gleichzeitig irreführende Bezeichnungen wie z. B. „balance“ oder „light“ verbieten
- die Hygiene-Ampel für Restaurants einführen
- mehr Personal im Gesundheitsschutz, der Lebensmittelüberwachung und allgemeinem Marktüberwachung einsetzen
- dafür sorgen, dass in Deutschland etwa Pflanzensorten und Tierrassen nicht Gegenstand der Patente großer Konzerne, auch nicht ausländischer sein dürfen, denn diese sind ein Erbe der gesamten Menschheit
- den sicheren Umgang mit den neuen Medien sicherstellen, indem wir gegen Angriffe mit Trojanern etc. wirksam vorgehen und dies nicht dem Verbraucher überlassen, aber auch endlich gegen die Belastung unserer Netze und Anlagen durch Spam
- die gesetzlich vorgegebene Mängelgewährleistung produktabhängig erhöht wird,
- die Strafen für Verstöße im Verbraucherschutzbereich deutlich erhöhen
- Manipulationen an KFZ durch Sicherheitschip unterbinden
- Wettbüros lückenlos auf Einhaltung der rechtlichen Vorschriften kontrollieren und deren Markt weiter verkleinern
- den Verkauf von Strom an die eigenen Mieter erleichtern, um so dezentrale Strukturen zu stärken
- regeln, dass die Kosten der Heizkostenabrechnung durch die Vermieter zu tragen sind, um so auch Konkurrenz bei den Heizungsablesern zu fördern
- die Mietspiegelberechnung korrigieren, so dass die Mieten der letzten 10 Jahre die Berechnungsgrundlage bilden
- Kaffeefahrten den Garaus machen, die jährlich einen Schaden von € 500 Mio. verursachen, und schützende Regelungen auf alle Produkte und feste Händler ausweiten sowie Ladungsadresse im Inland vorschreiben
- die Modernisierungumlage auf max. 5 % der Modernisierungsaufwendungen pro Jahresmiete senken
- das Schornsteinfegermonopol effektiv angreifen zum Schutze der Kunden
- die Kontrollen von Medikamentenrückständen auf Trinkwasser ausweiten und bei Krankheitserregern verbessern
- Wasserleitungen und Teile davon verbieten, die Schadstoffe abgeben
- den sozialen Wohnungsbau durch eine Quote langfristig sicherstellen, die öffentliche und private Wohnungsbauen gemeinsam erfüllen müssen
- die Spekulationen mit Baugrundstücken, die eine Nutzung als Bauland verhindern, verbieten

- konsequente Kontrolle von Maklern vorschreiben und höhere Strafe für unberechtigte Gebührenforderungen und Bestechung bei Wohnungsvermittlung durchsetzen
- die Bußgelder bei Verstößen gegen das Telekommunikationsgesetz (z. B. bei Verzögerungen beim Anbieterwechsel) deutlich erhöhen
- das Modell der Flächenzertifikate großräumig testen und ggf. einführen, um gegen das Ausbluten der Dorfkerne vorzugehen
- Produktfälschungen aus dem Ausland mit wirkungsvollen Strafen eindämmen
- den Anschluss- und Benutzungszwang bei Infrastruktureinrichtungen grds. abschaffen



Wahlkreis149.de

Thema Staatsfinanzen und Steuern

Wir werden,

- Schwarzarbeit konsequent unterbinden, indem die Anmeldeverfahren angepasst werden, die kontrollierenden Behörden personell aufgestockt werden, Lohnbetrug unterbunden wird, um so u. a. ca. 5 Mrd. entgangene Steuern einzunehmen
- Steuersparmodell durch das Ausnutzen niedrigerer ausländischer Steuersätze auf Umsätze, die im Ursprung in Deutschland erzielt werden, beseitigen
- gemeinwohlfeindlichen Steuerflüchtlern wie Amazon, Facebook, Apple u. a. den Kampf ansagen
- ausländische Internethändler entspr. dem englischen Modell zwingen, Steuern (Umsatzsteuer) zu zahlen, um die Benachteiligung deutscher Umnehmen und den Schaden für die Gesellschaft zu beseitigen
- Kartellstrafen künftig auch an der Höhe des unerlaubten Gewinns bemessen
- die Steuerbehörden, insbesondere die Steuerfahndung deutlich ausbauen und damit den Personalmangel beseitigen, wobei die Kosten hierfür in voller Höhe durch die Schuldner zu tragen sind
- die Besteuerung beim Erwerb von Haus und Grund reduzieren und Steuergerechtigkeit herstellen
- die Besteuerung von Unternehmen, die aus der Digitalisierung außerordentliche Gewinnspannen erzielen, wie z. B. dem Vertrieb oder Anbieten von Musik und Filmen, modernisieren
- Abschreibungen auf Dienstwagen deutlich reduzieren

Thema Geld, Banken und Versicherungen

Wir werden,

- klarstellen und zur Grundlage gesetzlicher Regelungen machen: Entweder Banken und Versicherungen sind „systemrelevant“ und bedürfen daher des Schutzes auch durch den Staat, dann hat der Staat im Sinne der Kunden auf deren Geschäfte und Gewinne Einfluss zu nehmen, oder sie sind es nicht, so dass der Staat weder mit Bürgschaften noch mit Steuergeldern unterschützt
- Initiativen, Studien und Versuche zum Thema Vollgeld massiv vorantreiben, um das Vermögen der Menschen zu schützen und dem zerstörerischen Umgang mit Geld entgegenzuwirken
- Banken verpflichten, Filialen auch in der Fläche zu betreiben, um der Zentralisierung, Abhängigkeit und Anonymisierung entgegenzuwirken
- gesetzlich regeln, welche Differenz zwischen Guthabenzinsen und Dispo-Zinsen bestehen darf
- die Geschäfte der Versicherungen dahingehend regeln, dass geschäftliche Interessen und ihr Tun zum Wohle der Menschen wieder in einem angemessenen Verhältnis stehen, und sicherstellen, dass die Menschen bei Prozessen gegen Versicherungen geschützt sind, indem sich der Staat vor sie stellt und eintritt, wenn bewusst Auseinandersetzungen verzögert werden, wobei die Versicherungen selbst die Mittel hierfür, etwa durch spezielle Fonds, zur Verfügung zu stellen haben
- Manipulationen und Missstände, die wie die sog. Cum-ex-Geschäfte scheinbar gesetzeskonform waren, nicht durch jahrelange Verzögerungen durch die Politik ermöglichen, sondern umgehend unterbinden

Thema Industrie und Wirtschaft

- Verantwortlichkeiten (z. B. für Altlasten, Folgeschäden, Risiken etc.) von Firmen und Investoren dahingehend langfristiger gestalten, dass es nicht möglich ist, sich durch Geschäftsaufgabe oder Übergabe, insbesondere an ausländische Unternehmen, die anderen Regelungen unterliegen, dieser zu entledigen
- staatlich Wettbewerb fördern, wo sich wenige den Kuchen aufgeteilt haben zum Nachteil der Gesellschaft, wie z. B. die Heizungsableser Techem, ISTA etc.
- die Kalkulation und Einbeziehung der sog. Ewigkeitskosten z. B. beim Braunkohleabbau oder in der Atomindustrie vorschreiben – zur Entlastung der Steuerzahler
- den sog. Investitionsstau, verursacht durch falsches Sparen von CDU, CSU, SPD und FDP beseitigen und in langfristigen Planungen nicht nur Mittel, sondern auch Personal im öffentlichen Dienst bereitstellen
- den „Kompromiss“ mit der Atomindustrie zur Endlagerung des Atommülls neu verhandeln, um die tatsächlichen Kosten von ca. € 170 Mrd. bis 2100 zu decken und eine Risikoübernahme durch den Staat auszuschließen; bei Auslagerungen gewinnbringender Unternehmenszweige sind anteilig Verpflichtungen für den Rückbau von Anlagen durch die Konzerne zu übernehmen

Thema Verkehr

Wir werden,

- auf deutschen Autobahnen ein Geschwindigkeitslimit 130 km/h einführen, das die Sicherheit deutlich erhöhen wird, Autobahnen als Verkehrswege aber attraktiv hält
- das Bahnnetz vor allem dort durch verbesserte Streckenführungen und neue Verbindungen ausbauen, wo überlastete Straßen entlastet werden können; Güterverkehr auf die Bahn zwingen (Beispiel Österreich)
- die Deutsche Bahn wieder so weit unter staatliche Kontrolle stellen, dass die Anforderungen der Gesellschaft und die Interessen der BürgerInnen an ein preiswertes, leistungsstarkes und serviceorientiertes Verkehrsmittel umgesetzt werden können
- Ursachen von Staus und Überlastungen jeglicher Verkehrsmittel erforschen und nachhaltig beseitigen
- die Privatisierung von Verkehrswegen und Verkehrsmitteln stoppen
- für Fahranfänger die Null-Promille-Grenze für 5 Jahre und ein reduzierte Geschwindigkeit für 2 Jahre umsetzen
- nach und nach die Grenzen der ÖPNV-Verkehrsverbünde und das überbezahlte Führungspersonal beseitigen und einheitliche, sachgerechte sowie den öffentlichen Personalnahverkehr fördernde Preise und Bedingungen durchsetzen
- den Vorrang des Autoverkehrs und den Klüngel der Politik mit der Automobilindustrie beenden, neue Bahnstrecken bauen und klug an den übrigen Nahverkehr anbinden, wo Autobahnen überlastet sind
- alle unbeschränkten Bahnübergänge umgehend durch zusätzliche eindeutige Licht- und Verkehrszeichen sichern
- sicherstellen, dass Elektroverkehr nicht zur Abhängigkeit aller Nutzer von wenigen Energieunternehmen führen wird, weshalb parallel unsere Stromnetze nicht nur ausgebaut, sondern

auch dezentralisiert werden müssen; umgehende Festlegungen von Standards für die Ladetechnik und –verfahren und öffentliche, konkrete Planungen zum Ausbau dieser vorgeben

- Führerscheinüberprüfungen im Alter nach dem Vorbild anderer EU-Staaten verbindlich vorschreiben
- regelmäßige Nothilfe-Schulungen auch für FührerscheininhaberInnen vorschreiben
- die Beteiligung von Anwohnerinnen und Anwohnern an Beiträgen zur Straßensanierung abschaffen und die Allgemeinheit diese enormen Lasten tragen lassen

Thema Medien

Wir werden,

- die Bedeutung und Stellung freier, unabhängiger, vielfältiger Medien stärken
- Journalisten staatlich schützen, die aufgrund ihrer Tätigkeit, bedroht oder geschädigt werden

Thema Internet und Digitalisierung

Wir werden,

- die negativen Folgen der Anonymität des Internets nachhaltig bekämpfen
- die IT-Sicherheit nicht nur staatlich fordern, sondern auch koordinieren und finanziell unterstützen und zwar JETZT!
- Deutschland und Europa im Bereich Internet unabhängig machen von außereuropäischen Staaten und Unternehmen
- den Datenschutz als Garant der Freiheit der Menschen verstehen und dafür sorgen, dass Daten nur dort erfasst und weitergegeben werden dürfen, wo dies notwendig ist oder durch Datengeber und Datennutzer ausdrücklich gewollt ist (Privacy by default)
- vorschreiben, dass Funktionen zum Löschen von Accounts und Daten auf der Startseite zu finden sind
- Gesichtssuchfunktionen im Internet verbieten
- Nachrichten und Werbung deutlich gekennzeichnet in jedem Internetauftritt trennen
- die technischen Voraussetzungen für den Digitalfunk des öffentlichen Dienstes (z. B. in U-Bahnen) gesetzlich vorschreiben
- Fake-Profilen in Kontaktbörsen etc. den Kampf ansagen und die Betreiber verpflichten, dagegen nachhaltig vorzugehen

Thema Öffentliche Verwaltung

Wir werden,

- dem Bundesverwaltungsamt die Reform der öffentlichen Verwaltung zuordnen, die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen sowie Arbeitnehmer, Arbeitgeber, Institutionen u. a. beteiligen
- das Vergaberecht weiter den Interessen der Menschen und der Gesellschaft anpassen u. a. durch Lohnkontrolle sowie ein angemessenes Verhältnis zwischen Umweltschutz und anderen Kriterien neben dem reinen Preis und die Schwellenwerte weiter erhöhen

- Verwaltungsreformen, die weder nachweisbare Einsparungen noch Vorteile für die Bevölkerung bringen, unterbinden
- Pensionen für Wahlbeamte nach dem Vorbild von Hessen z. B. erst ab 56 Jahre gewähren und die Anrechnung von Vorzeiten deutlich und gerecht begrenzen
- gem. dem Urteil des BVerfG Funktionszulagen bei Mandatsträgern abschaffen
- den Bürokratieabbau in Zusammenarbeit mit Verwaltungsbeschäftigten und BürgerInnen effektiv vorantreiben
- den deutschen Wetterdienst (DWD) weiterhin so mit Personal ausgestattet lassen, dass die Qualität der Vorhersagen erhalten bleibt

Thema Recht(schutz) und Justiz

Wir werden,

- Opfern von Internetkriminalität (Mobbing, Betrug etc.) schützen, durch staatliche Eingriffsmöglichkeiten, wenn Verantwortliche nicht reagieren
- das Personal an den Gerichten, aber auch Ordnungsbehörden deutlich aufstocken und besser bezahlen, um die Abarbeitung zu beschleunigen (zurzeit 3 – 4 Jahre Wartezeit), durch mehr Kontrollen, mehr Vergehen ahnden zu können, gleichzeitig die Kostenbeteiligung an den Verfahren zu erhöhen, um kostendeckender zu arbeiten
- Datenschutz als ein Garant für unsere Freiheit ernstnehmen und durchsetzen
- Sammelklagen auch für Privatpersonen in allen Bereichen zulassen
- Kostenlose staatliche Rechtsberatungen, insbesondere zu Themen der Sozialversicherung, einrichten
- das sog. Neuköllner Modell weiter ausbauen und erproben, finanziell besser ausstatten und ggfs. bundesweit umsetzen
- die politische Weisungsbefugnis gegenüber Staatsanwaltschaften beseitigen
- den Rechtsschutz dahingehend reformieren, dass Rechtsschutz nicht länger davon anhängig ist, wie vermögend die Streitenden sind; wer Recht hat muss auch Recht bekommen können
- die letzten, noch lebenden Altnazis endlich vor Gericht bringen lassen
- Straf gelder transparent verteilen lassen, z. B. nach dem Hamburger Modell
- die Zahl der Vormünder erhöhen, damit diese ihren wichtigen Aufgaben wieder geordnet nachkommen können
- die Ansätze, neue rechtliche Regelungen auf Praktikabilität, aber auch auf Einhaltung regelmäßig zu kontrollieren ausbauen und dies durch mehr Personal und Strafandrohungen wirksam unterstützen
- unberechtigten Forderungen von Inkassobüros durch staatliche Regelungen entgegenwirken
- wirksamer gegen Stalking vorgehen, um damit der Schwere dieser Taten gerecht zu werden (2014: ca. 22.000 registrierte Stalking-Fälle)
- Ersatzfreiheitsstrafen bei allen Delikten abschaffen, bei denen Freiheitsstrafen die Lage der Täter weiter verschlimmern

Thema Arme Länder und Entwicklungshilfe

Wir werden,

- anstelle von internationalen Agrargroßunternehmen kleinbäuerliche Strukturen, die insbesondere die Eigentumsrecht, den Naturschutz und die nachhaltige Versorgung der Bevölkerung berücksichtigen, unterstützen
- unterbinden, dass nicht länger durch Importe die Umwelt in anderen Ländern zerstört werden und durch Exporte die heimische Wirtschaft dieser Länder zerstört werden
- durch neue Modelle Landkäufe durch andere Staaten und ausländische Firmen verhindern, aber die Nutzung zum Wohle beider Partner durchaus ermöglichen
- Gelder der Entwicklungshilfe nicht länger über korrupte Regierungen verteilen lassen, sondern den Menschen direkt zukommen lassen
- die Menschen armer Länder in Deutschland ausbilden lassen, damit sie, zurück in ihrer Heimat, Entwicklungshilfe professionell unterstützen können
- die sog. Entwicklungsfonds umgehend so anpassen, dass sie nicht länger Arbeitsplätze zerstören, anstatt langfristig gesunde Strukturen zu schaffen, und Investoren (in Luxemburg) sich nicht (abgesichert durch Steuergelder) dabei die Taschen füllen können
- Unterdrückung und Ausbeutung der Bevölkerung in der West-Sahara durch Marokko zum Thema machen, damit unser wirtschaftlicher Erfolg und unser Wohlstand nicht auf dem Leid fremder Menschen gründet

Thema Flüchtling

Wir werden,

- keine Angst machen, sondern die Chance nutzen für Deutschland, Sprachkenntnisse, Werte und Wissen vermitteln, angemessen versorgen, ausbilden und Flüchtlinge zu Trägern einer modernen Entwicklungshilfe nach Rückkehr in die Heimatländer machen
- umgehend unbegleitete minderjährige Flüchtlinge dem organisierten, staatlichen Schutz unterstellen, um zu verhindern, dass daraus die Problemfälle von morgen werden
- Deutschkurse jedem und sofort anbieten
- die Integration für diejenigen, die bleiben wollen und sollen in den Bereichen Sprache, Job, Wohnung, Kontakt zur Mehrheitsgesellschaft staatlich organisieren
- die Bundesmitteln für Flüchtlinge gerechter verteilen und die zweckgebundene Verwendung sicherstellen
- Flüchtlingsabkommen mit Staaten aufkündigen, bei denen nicht sichergestellt ist, dass die Mittel ausschließlich den Flüchtlingen zukommen, und keine Diktatoren unterstützen, ohne dass auch parallel die Missstände in diesen Staaten angegangen werden

Thema Militär

Wir werden,

- die Umgehung von Exportbeschränkungen für Waffen verhindern, indem deutschen Firmen sowohl der Export von einzelnen Komponenten als auch die Produktion von Waffen im Ausland untersagt wird (Rüstungsexportgesetz)

- Rückbau der deutschen Rüstungsindustrie und Umbau (in Kooperation mit anderen Ländern) zum Aufbau einer Industrie der modernen Selbstverteidigung

Edgar Gättner



Wahlkreis149.de